

Herr Schäfer erläutert und begründet den Antrag der proNRW-Fraktion. Er schlägt vor, dass die für diese Personengruppe vorgehaltenen Wohnflächen u.a. für Kriegsflüchtlinge bereitgestellt werden könnten.

Herr Ebbinghaus bittet den Bürgermeister um Stellungnahme, ob der vorliegende Antrag nach den Vorschriften der Gemeindeordnung überhaupt zulässig ist, da er die Zuständigkeit nicht in der Kommune sondern überwiegend auf Landes- bzw. Bundesebene sieht.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine kommunalrechtliche Beurteilung oft schwierig ist und in vielen Fällen vor Gericht geklärt wird; daher kann dies nicht abschließend beantwortet werden. Bezugnehmend auf den Antrag der proNRW-Fraktion betont er jedoch, dass es neben den wenigen Personen, die diese Meinung vertreten, erfreulicherweise einen großen Anteil in der Radevormwalder Bevölkerung gibt, die sich hinsichtlich der derzeitigen Situation aktiv an Hilfsangeboten für die Betroffenen beteiligen und in vielen Bereichen engagieren.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der proNRW-Fraktion.